



**Gesamtpersonalrat für das Land
und die Stadtgemeinde Bremen**



**Freie
Hansestadt
Bremen**

Gesamtpersonalrat Knochenhauerstr. 20/25 28195 Bremen

Auskunft erteilt
Doris Hülsmeier

Zimmer 2

Tel. (0421) 361 2215

Fax (0421) 496 2215

E-Mail

gesamtpersonalrat@gpr.bremen.de

Datum und Zeichen

Ihres Schreibens

Unser Zeichen

(bitte bei Antwort angeben)

0-01 Win

Bremen, 16. Mai 2019



Fair handeln für Kinder in armen Ländern
mit der Rest-Cent-Aktion. Infos unter
www.gpr.bremen.de/restcent

Presseerklärung

Personalräte zeigen sich kämpferisch

Ist die erneut aufgekommene Diskussion über das Bremische Personalvertretungsgesetz nur ein Sturm im Wasserglas? Fast könnte es so scheinen, nachdem Vertreter_innen aller in Fraktionsstärke in der Bremischen Bürgerschaft vertretenen Parteien in der heutigen Personalräteversammlung positiv zur Mitbestimmung äußerten. Erwartungsgemäß stellte sich der Spitzenkandidat der SPD, Bürgermeister Carsten Sieling, vorbehaltlos hinter das Bremische Personalvertretungsgesetz, ebenso wie Kristina Vogt, Spitzenkandidatin der Linken, die sich sogar eine Ausweitung der Mitbestimmungsrechte vorstellen kann. Ausdrücklich befürworteten beide die sogenannte „Allzuständigkeit“ der Personalvertretungen.

Für die Grünen erklärte Björn Fecker, der kurzfristig für die verhinderte Spitzenkandidatin Maike Schaefer eingesprungen war, seine Partei plane ausweislich ihres Wahlprogramms keine Änderungen, es gäbe aber rechtliche Zweifel. CDU-Spitzenkandidat Carsten Meyer-Heder betonte, das BremPersVG wäre kein Thema und er wolle pragmatisch und ideologiefrei mit den Personalvertretungen zusammenarbeiten; allenfalls werde der Senat unter seiner Führung häufiger von seinem Letztentscheidungsrecht Gebrauch machen. Auch Peter Zenner, Mitglied im Landesvorstand der FDP, mochte die Mitbestimmung nicht generell in Frage stellen. Seine Partei wolle aber prüfen, wie die Mitbestimmungsverfahren „schlanker“ gemacht werden könnten.

Dienstgebäude
Knochenhauerstr. 20/25
3. Etage
28195 Bremen
Internet: www.gpr.bremen.de

Bus/Straßenbahn
Haltestellen Schlüsselkorb/
Am Wall/ Herdentor

Telefon (Auskunft): (0421) 361 2215

Seite 1 von 3



nach telefonischer Absprache

Mit ungläubigem Staunen quittierten die versammelten Personalräte die Aussagen, denn ganz andere sind noch in bester Erinnerung: Carsten Meyer-Heder hatte erklärt, in seinem Unternehmen kämen er und die Beschäftigten auch ohne Betriebsrat gut zurecht; die Spitzenkandidatin der Grünen, Maike Schaefer, hatte das Bremische Personalvertretungsgesetz als verfassungswidrig bezeichnet.

ver.di-Geschäftsführer Markus Westermann bezog sich auf die Äußerungen der Grünen-Spitzenkandidatin: Wer behaupte, wegen der Mitbestimmung könnten Räume nicht gestrichen werden, offenbare ein merkwürdiges Verhältnis zu Personalräten, zu den Beschäftigten und auch zu den Gewerkschaften. "Wenn Politiker oder auch Führungskräfte ein Problem mit dem Personalvertretungsgesetz haben, wirft das die Frage nach ihrer Führungskultur auf", so Westermann.

Die Vorsitzende des Gesamtpersonalrats, Doris Hülsmeier, erinnerte daran, dass Artikel 47 der Bremischen Landesverfassung, der die Demokratie am Arbeitsplatz, die gleichberechtigte Mitbestimmung regelt, im Jahr 1947 durch eine Volksabstimmung beschlossen worden ist. „Mehr Demokratie geht nicht!“ Zudem hätten erst im letzten Jahr höchstrichterliche Urteile keine Zweifel an der Verfassungsmäßigkeit des Gesetzes ergeben. „Letztlich geht es nicht um Rechtsfragen, sondern um die Haltung zur Frage, ob Demokratie vor den Toren der Dienststellen endet oder nicht“, so Hülsmeier unter tosendem Beifall der knapp 200 Personalräte, Frauenbeauftragten und Schwerbehindertenvertretungen.

Zuvor hatten die Parteienvertreter_innen zu weiteren Fragen nach ihren Plänen für die Zukunft des öffentlichen Dienstes Stellung genommen.

Carsten Sieling kündigte an, die in den letzten Jahren - nach dem vorherigen drastischen Personalabbau - begonnene personelle Verstärkung des öffentlichen Dienstes weiter fortsetzen zu wollen.

Für die Grünen befürwortete Björn Fecker einen starken öffentlichen Dienst. Lange Schlangen vor den Ämtern schaden den Bürger_innen wie Beschäftigten. Ausdrücklich wandte er sich gegen Privatisierungen und die Ideologie des schlanken Staats.

Der Spitzenkandidat der CDU, Carsten Meyer-Heder erklärte, die CDU habe nie über Privatisierungen gesprochen. Denkbar sei allerdings, Projekte, wie etwa die ins Auge gefasste Seilbahn oder bei Gewerbeflächen, in öffentlich-privater Partnerschaft (ÖPP) zu realisieren, da im öffentlichen Haushalt die Mittel dafür nicht ausreichen.

Peter Zenner von der FDP sprach sich dafür aus, den öffentlichen Dienst stärker auf seine Kernaufgaben wie Sicherheit, Schulen oder Justiz auszurichten. Aufgaben der Daseinsvorsorge könnten oft wirtschaftlicher von Privaten erledigt werden.

Linken-Spitzenkandidatin Kristina Vogt forderte einen Paradigmenwechsel, hin zu einer Renaissance des Staatlichen. Besonders Schwächere brauchten einen handlungsfähigen Staat. Eindeutig wandte sie sich gegen ÖPP-Projekte, die viel zu teuer seien.

Um die Attraktivität des öffentlichen Dienstes als Arbeitgeber zu steigern, will die SPD bei der Bezahlung wieder zu den führenden Branchen aufschließen. Der jüngste Tarifabschluss

und dessen systemgleiche Übertragung auf die Besoldung seien dabei ein wichtiger Schritt. Gute Arbeitsbedingungen und eine weitere Stärkung der Ausbildung sollen dazukommen. Auch will Sieling den hohen Wert der Arbeit für das Gemeinwohl herausstellen.

Jürgen Köster von dbb/tarifunion sieht hier Handlungsbedarf: „Die Beschäftigten erledigen ihre Aufgaben als Puffer zwischen Politik und Bürgerinnen und Bürgern. Hier ist der Senat in seiner Fürsorgepflicht gefragt. Angriffe auf die Beschäftigten nehmen zu. Der Dienstherr darf nicht länger nur zuschauen, sondern muss die Beschäftigten schützen und unterstützen.“

Die eigene Ausbildung des öffentlichen Dienstes spielt für die Grünen eine wichtige Rolle bei der Gewinnung qualifizierten Nachwuchses. Zudem wollen sie mit Entgeltgleichheit und einer guten Vereinbarkeit von Familie und Beruf punkten. Die Verlagerung der Besoldung in die Hoheit der Länder sei ein Fehler gewesen.

Dem schloss sich Kristina Vogt an, die feststellte, dass der dadurch geschaffene Wettbewerbsföderalismus Bremen schade, wie man beispielsweise bei der Polizei sehen könne. Sie forderte bessere Entwicklungsmöglichkeiten, z.B. bei Polizei, Feuerwehr und Justizvollzug sowie eine transparentere Gestaltung von Zulagen.

Nils Winter von der GdP sagte dazu: „Wir fordern eine den Anforderungen gerecht werdende Bewertung und Eingruppierung und eine entsprechende Ausgestaltung mit Planstellen. Zulagen spielen eine wesentliche Rolle. Insbesondere die Polizeizulage muss angepasst und wieder ruhegehaltstfähig werden.“

Aus Sicht der FDP muss Bremen nicht nur gut bezahlen, sondern auch als Stadt attraktiv sein, um als Arbeitgeber in Frage zu kommen. Viele stellten sich die Frage, was aus ihren Kindern werde.

Für die GEW sagte Karsten Krüger: „Für gute Bildung brauchen die verschiedenen Berufsgruppen in den Bildungseinrichtungen und in der Weiterbildung aber auch gute Bedingungen. Die Bildungsqualität wird in Bremen nicht als gut wahrgenommen, bei den Beschäftigten nicht, bei den Eltern nicht und auch die Kinder und Jugendlichen merken, dass es nicht rund läuft.“

Carsten Meyer-Heder will die Arbeitgebermarke bremischer öffentlicher Dienst stärken. Dazu gehören für ihn neben einer guten Bezahlung auch flexiblere Arbeitszeitmodelle und mehr Entscheidungskompetenzen für die Beschäftigten.

Einmütige Unterstützung signalisierten die Parteienvertreter für die Bremer Erklärung für faire Beschäftigungsbedingungen, deren Ziel die Vermeidung prekärer Beschäftigungsverhältnisse im öffentlichen Dienst ist. Für den jüngst mit der Erhöhung auf 11,13 € je Stunde wiederbelebten Landesmindestlohn sprachen sich hingegen nur SPD, Grüne und Linke aus, letztere befürwortet ein noch höheres Niveau. CDU und FDP wandten sich dagegen.